*G.H.: In all deinen Ausführungen – ob zu Russland, zur Ukraine, zu Syrien oder Lateinamerika, scheint die Gefahr einer „feindlichen Übernahme“ der ganzen Welt durch die Transnationalen Korporationen, im Bunde mit den rechten Kreisen klerikal-faschistischen Typs, gegenwärtig im Mittelpunkt zu stehen: Siehst du da nicht zu schwarz?*

A.H.: „Mir scheint, dass in der Welt wirklich ernsthafte politische Verschiebungen im Gange sind. Ich unterschätze keineswegs den Widerstand, die viele Völker und Staaten den imperialistischen Aggressoren leisten, und auch wenn er sich als weniger radikal, weniger revolutionär erweist, als es sich manch einer wünschte, so ist er doch breiter und hartnäckiger als früher. Dieser Umstand, zusammen mit der Last der Wirtschaftskrise und tiefgreifenden Veränderungen in der gesellschaftlichen Produktion, hat die Widersprüche zwischen den Gruppierungen der transnationalen Finanzoligarchie verschärft.

Wie schon immer in vergleichbaren historischen Situationen kämpfen dabei eine faschistoide „Partei des Krieges“ und eine reformorientierte „Partei des Kompromisses“ (sie eine „Partei des Friedens“ zu nennen, wäre wohl verfrüht) um die Macht. Anschauliches Beispiel dafür ist die Konfrontation zwischen der Obama-Regierung dem Schwarm der „Habichte“[[1]](#footnote-1), die seit den Wahlen im November 2014 beide Kongresskammern dicht belagern. In der EU zeichneten sich analoge Widersprüche in der Griechenland- und der Ukraine-Frage ab, vor allem aber bei den Positionen zur Transatlantischen „Freihandelszone“, die Europa in das Erbgut von Transnationalen Korporationen zu verwandeln droht.

Der wachsende Druck auf die Beziehungen zu Russland und China war ein Sieg für die „Habichte“, der sie ihrer uneingeschränkten Diktatur näher brachte. Wenn sich die „Partei des Kompromisses“ ihnen nicht selbst zum Fraße vorwerfen wollte, musste sie sich gezwungen sehen, irgendwelche außenpolitischen Ergebnisse – und zwar je schneller, umso besser – vorzuweisen, die geeignet wären, ihr ein Übergewicht zu verschaffen.

Und in der Tat, nach den besinnungslosen Attacken der vereinigten Kräfte des Imperialismus auf die Anhänger von Unabhängigkeit und Fortschritt, deren Kulminationspunkte der Umsturz in Kiew und die Eskalation des Krieges in der Ukraine wurden, zeichnete sich so etwas Ähnliches wie ein Kompromiss ab. Die Befreiung der „Cuban Five“ und die Verhandlungen über die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Kuba und den USA, die Vereinbarungen über das Atomprogramm des Iran, die Minsker Abkommen zur Ostukraine, die Suche nach gemeinsamen Interessen im Kampf gegen den IS – das ist schon eine deutliche Tendenz.

Natürlich bleiben sich die imperialistischen Kräfte überall treu. Sie tragen sich mit dem Gedanken, ihre Pläne mit anderen Mitteln zu erreichen, und die Völker „in der Umarmung“ zu ersticken. Es gibt keinen Grund zur Beruhigung, doch auch kleinste Bewegungen sollten nicht übersehen werden. Aus einer erzwungenen Veränderung der gegnerischen Taktik können selbst erprobte Freiheitskämpfer nicht wenig Nutzen ziehen.

Noch vor kurzem hätte die Befreiung von Debalzewe wenigstens zu einer massiven Militärhilfe der NATO für Kiew geführt, vor einem Jahr aber hatte man im Westen den Sieg der Aufständischen de facto „geschluckt“. In Syrien und anderen arabischen Ländern ersuchten Washingtons Günstlinge vergeblich um Einmischung ihrer Schutzmacht. Das Scheitern des Putschversuches in Venezuela und die Verhaftung des Bürgermeisters von Caracas Ledezma rief ebenfalls keine direkte Einmischung der USA hervor, die von den Contras dringend ersehnt wurde. Und in Argentinien hatte genau am 1. März 2015 ein

400 000 Köpfe starkes Meer von Arbeitern den Kongress umstellt und den politischen Provokateuren nicht ermöglicht, Präsidentin Cristina Fernandez zu vergiften. Bürgerliche Juristen von Buenos Aires bis London, die noch gestern bereit waren, das Staatsoberhaupt per Vertrauensfrage zu opfern und das ganze Land ins Schuldenloch zu treiben, entdeckten plötzlich, dass es dafür gar keine gesetzlichen Grundlagen gibt. Das kann man jetzt, nach knapp einem Jahr, kaum mehr glauben.

Was blieb – und bleibt heute den gegenwärtigen Faschisten noch übrig? Richtig – politische Provokationen. Gegen wen? Unmittelbar gegen die Verteidiger von Souveränität und Fortschritt? Doch haben diese aus bitteren Beispielen nicht schlecht gelernt, ihre Führungspersonen zu schützen und nicht auf Provokationen hereinzufallen. Da ist es schon einfacher, die eigenen Günstlinge wegzuschießen, von denen sich ja stets Neuauflagen finden lassen, und von denen man in lebendiger Version weniger profitiert, als in toter...[[2]](#footnote-2)

Worauf aber setzt man noch? Auf weitere Maidane, wie es vielen Verteidigern des Status Quo scheint, und sogar einigen Kämpfern für eine soziale Erneuerung? Danach sieht es nicht aus. Natürlich ist das ein Element, das zu sondieren wäre. Was wäre, wenn ein „Märtyrertod“ oder, umgekehrt, eine „gerechte Rache“ dazu führte, dass sich plötzlich eine Welle des „Volkszorns“ erhebt? Die Lenker der Marionetten (sowohl derer, die schießen, als auch derer, die erschossen werden) sind sich ja ihres geringen Einflusses auf die Massen durchaus bewusst. Daher sind die wichtigsten Ziele von Provokationen wohl andere. Aber welche?

Das erste betrifft die westliche „Öffentlichkeit“, die mit den Nemzows und Nismans weniger vertraut ist, aber den monopolisierten Massenmedien glaubt und die Last sämtlicher bürgerlich-liberaler Stereotype mitzuschleppen hat. Ein lautes Attentat gegen einen „Kämpfer für die Freiheit“, einen „Enthüller der Korruption“, der mutig deren ganzen Schlamm aufgewühlt habe, stellt die einfachste und sicherste Methode zur Dämonisierung eines „Regimes“ dar, und im Grunde gleich des ganzen Landes, in dem so etwas vorkommen kann. Da kann man sich doch als Selbstgerechter in Theaterpose aufstellen und empört deklamieren: „Welche Vereinbarungen mit diesen blutigen Monstern braucht ihr noch? Karthago muss zerstört werden!“ Und siehe, schon fürchten sogar Vertreter der „Partei des Kompromisses“, die den Preis solcher Art Demagogie von sich selbst kennen, als „Helfershelfer von Terroristen“ entehrt zu werden und sie beginnen, ob sie wollen oder nicht, den Provokateuren in die Hand zu spielen.

Das zweite Ziel betrifft die innere Situation in den „gegnerischen“ Ländern, oder genauer in deren Führungskreisen. Sie sind ja genauso wenig homogen, auch hier gibt es Kämpfe - bei den einen „unter der Decke“, bei den anderen ganz offen – zwischen patriotisch-reformistischen Tendenzen und dem prowestlichen Liberalismus, der sich in den vergangenen Jahrzehnten über die gesamte kapitalistische Welt ausgebreitet hat. Die terroristische Beseitigung einer der Leuchtfiguren des Neoliberalismus ist eine erprobte Methode, den üblen Ruf des letzteren zu ersticken und eine beliebige Abgrenzung von ihm in der „offiziellen Gesellschaft“ außerhalb des Gesetzes zu stellen, sozusagen fast als Beihilfe zum Terrorismus. In Russland hat man auf diese Weise eine neue Regierungsbildung auf breiter Grundlage verhindert. Hat vielleicht darauf A. Tschubais angespielt, als er auf der Trauerfeier die Staatsmacht und die Opposition dazu aufrief, „aufzuhören“? (...) “

*(Auszug aus dem Artikel von A. Harlamenko „Wer wir nicht sein sollten“ übernommen, der die Vorgänge um den Jahrestag des Attentats auf „Charlie Hebdo“, die Kampagne „Ich bin Charlie“ und den Mord an B. Nemzov analysiert.*

1. Hier wohl statt „Falken“ in Anlehnung an inneramerikanischen Spott gegen die „chickenhawks“ – Drückebergerfalken – verwendet. [↑](#footnote-ref-1)
2. Für ein solches Schicksal eignete sich, meiner Interpretation nach, ein Boris Nemzov. [↑](#footnote-ref-2)